

„Die deutsche Regierung versucht, ohne Zustimmung des Volkes die Voraussetzungen für einen Krieg zu schaffen.“

In einem Exklusivinterview sagt der Co-Vorsitzende der Alternative für Deutschland, Tino Chrupalla, dass die Sanktionen der EU, der Militarismus und die Unterstützung der Verbrechen Israels die Demokratie und Souveränität Europas untergraben.



16. Dezember 2025 | Tunç Akkoç

Tunç Akkoç wurde 1981 in Deutschland geboren. Er absolvierte seine Schulausbildung in Deutschland und sein Bachelorstudium am Fachbereich Geschichte der Marmara-Universität in Istanbul. Tunç Akkoç ist Gründer und Chefredakteur von *Harici Media*, einem in der Türkei ansässigen Medienunternehmen, das sich auf Außenpolitikjournalismus spezialisiert hat.

Durch Israels Krieg gegen Gaza ist die Doppelmoral des Westens offen zutage getreten, und Deutschlands politische Ordnung steht vor einem beispiellosen Bruch. Die regierenden Sozialdemokraten (SPD) und Christdemokraten (CDU/CSU), beide überzeugte Unterstützer der Ukraine und Israels, haben Berlin mit selbstzerstörerischen Sanktionen gegen Russland und bedingungsloser Unterstützung für Tel Aviv in wirtschaftliche Turbulenzen gestürzt. Jetzt, da sich das Land in einer Rezession befindet und die Bevölkerung unter steigenden Energiekosten leidet, bröckelt Deutschlands einst stabiler Zentrismus.

Die Trends in der deutschen Politik deuten auf einen Wandel hin, wie es ihn seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Die zwischen dem 8. und 12. Dezember durchgeführte [INSA-Umfrage](#) zeigt, dass die CDU/CSU auf 24 Prozent gefallen ist, während die SPD auf 14 Prozent zurückgefallen ist. Die aufstrebende Kraft ist die Partei Alternative für Deutschland (AfD). In der INSA-Umfrage erreicht sie einen Stimmenanteil von 26 Prozent. Diese Zahlen stimmen mit den [Ipsos-Ergebnissen](#) vom 7. bis 9. November überein.

Die AfD wurde 2013 nach der Finanzkrise von 2008 gegründet. Sie ist heute die wichtigste Oppositionspartei und sogar ein Anwärter auf die Macht – vorausgesetzt, sie darf an den Wahlen teilnehmen. Die Partei kritisiert „Masseneinwanderung, Kriminalität, hohe Steuern, mundtot gemachte Opposition und Armut“. Sie wird vom „zentristischen“ neoliberalen Block als „rechtsextrem“ bezeichnet. Welche Ansichten vertritt sie also, um als „rechtsextrem“ zu gelten? Was genau sagt sie zu aktuellen Themen in Europa, Deutschland und der Welt?

Tino Chrupalla ist seit 2019 gemeinsam mit Alice Weidel Vorsitzender der AfD. Chrupalla, seit 2017 Mitglied des Bundestages, stammt aus Ostdeutschland und begann seine politische Laufbahn in der Jugendorganisation der Christdemokraten. Er trat 2015 der AfD bei und war im Januar 2025 Vertreter der Partei bei der zweiten Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump.

In diesem Exklusiv-Interview mit *The Cradle* spricht Chrupalla über das Scheitern der Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen, die Militarisierung Europas und warum er glaubt, dass Deutschland sich von seiner [atlantischen Unterwürfigkeit](#) lösen muss, um eine Zukunft in Frieden, Handel und Souveränität anzustreben.

The Cradle: Wie beurteilen Sie die geopolitische und geoökonomische Lage in Europa? Ist es möglich, die Auswirkungen der Ukraine-Krise rückgängig zu machen?

Chrupalla: Während des Krieges in der Ukraine hat sich Europa selbst aus dem Spiel genommen. Stark sind diejenigen, die mehrere Optionen haben. Mit 19 Sanktionspaketen hat die EU die Option auf billiges Gas und andere Rohstoffe aus Russland abgelehnt. US-Finanzminister Scott Bessent hat es treffend formuliert: Wenn man etwas 19 Mal tun muss, hat man offenbar einen Fehler gemacht. Unter den Sanktionen leiden in erster Linie die deutschen Bürger.

Diese Politik ist gescheitert. Deutsche Haushalte zahlen heute drei- bis viermal so viel für Energie wie Haushalte in den USA. Unsere energieintensiven Industrien verlagern ihren Standort. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Staats- und Regierungschefs der EU hätten den Friedensplan von US-Präsident Donald Trump zum Anlass nehmen können, die Sanktionen zu lockern und den Rohstoffhandel wieder aufzunehmen. Stattdessen haben sie sich für ein vollständiges Importverbot für russisches Gas ab 2027 entschieden.

Diese Politiker können den Friedensschluss verzögern. Sie können ihre Bürger leiden lassen, um Russland zu bestrafen. Aber sie können die Geografie des europäischen Kontinents nicht verändern. Mein Ziel ist Frieden und freier Handel auf dem gesamten Kontinent.

The Cradle: Deutschland und die EU befinden sich in einer rasanten Militarisierung. Bundeskanzler Friedrich Merz spricht davon, „Deutschland wieder zur größten Militärmacht Europas zu machen“. Neben Debatten über die Wiedereinführung der Wehrpflicht rückt auch der Anstieg der Militärausgaben in den Vordergrund. Was bedeutet das?

Chrupalla: Ich habe schon früh vor der gefährlichen Kriegsrhetorik anderer Parteien gewarnt. Die deutsche Regierung schafft nun mit leeren Worten die Voraussetzungen für einen Krieg. Die Verteidigungsbudgets sind explodiert. Im Jahr 2022 erhielt die Bundeswehr einen Sonderfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro (117,5 Milliarden Dollar). Jetzt ist er auf 1 Billion Euro (1,175 Billionen Dollar) angewachsen.

Schon als Oppositionsführer drängte CDU-Chef Friedrich Merz vor der Neuwahl auf einen sogenannten Sonderfonds, der größtenteils aus Schulden für Waffen besteht. Verteidigungsminister Boris Pistorius von der SPD will Deutschland bis 2029 „kriegsfähig“ gegen Russland machen. Innenminister Alexander Dobrindt von der CSU will Kriegsunterricht in den Schulen. Sein Parteikollege Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, will ganz Europa auf Kriegswirtschaft umstellen.

Im neuen Bundeshaushalt schafft die Regierung die Voraussetzungen für Bündnis- und Spannungsszenarien. Ein vereinfachtes Buchungssystem ermöglicht es, ohne Zustimmung des Parlaments Milliarden für Kriegszwecke umzuschichten.

Die Opposition wird ausgebootet. Und das Schlimmste daran ist: Nichts von diesen Geldern kommt der Sicherheit, der militärischen Leistungsfähigkeit oder der Landesverteidigung Deutschlands zugute. Es geht um Profite für die Rüstungsindustrie und die Mobilisierung gegen Russland. Aus diesem Grund haben wir auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht abgelehnt, solange in Europa Krieg herrscht.

The Cradle: Der Gaza-Krieg hat die Doppelmoral des Westens weiter offenbart. Wie beurteilen Sie die Position Deutschlands?

Chrupalla: Der Krieg in Gaza hat zahlreiche zivile Opfer gefordert, darunter viele Frauen und Kinder. Nach Angaben der israelischen Armee waren 83 Prozent der Getöteten in Gaza Zivilisten. Die Bilder von toten Kindern und zerstörten Straßen lassen niemanden unberührt.

Ich habe dies immer verurteilt und deutlich gemacht, dass Demonstrationen gegen diesen Krieg nicht unter Generalverdacht gestellt werden dürfen. Unser Programm ist klar: keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Ich habe wiederholt auf dieser Forderung bestanden.

Bundeskanzler Merz hat sich im August dieser Position angeschlossen. Meiner Meinung nach hat sich die öffentliche Meinung in der EU im Laufe des Krieges tatsächlich verändert. In Bezug auf Gaza gibt es weitaus mehr Nuancen als jemals zuvor in Bezug auf die Ukraine.

The Cradle: Welche Zukunft stellt sich die AfD für Deutschland und Europa vor?

Chrupalla: Wir wollen ein souveränes Europa in einer multipolaren Welt. Das beginnt mit der Stärkung der Nationalstaaten. Deutschland darf sich seine Politik nicht von Politikern in Estland oder Brüssel diktieren lassen. Wir müssen Sanktionen ablehnen, die uns schaden, und uns gegen Bestrebungen wehren, die Beziehungen zum Osten abubrechen.

Wir sind gegen Wirtschaftskriege, die für ausländische Interessen geführt werden. Der friedliche Handel darf nicht durch Sanktionen oder wertorientierte Bedingungen gestört werden. Im EU-Parlament haben wir dazu beigetragen, dass das Lieferkettengesetz gelockert wurde, da es von den Handelspartnern die Einhaltung eines bestimmten Sozialmodells verlangt hätte.

Wir respektieren andere Zivilisationen und fordern ebenso Respekt für Europa. Wir lehnen eine wertorientierte Außenpolitik ab und setzen uns für eine Politik des gegenseitigen Respekts ein. Für Deutschland streben wir eine Zukunft in Frieden und Wohlstand an.

Der [Angriff auf NordStream](#) war ein Akt wirtschaftlicher Sabotage. Er hat unsere industrielle Lebensader durchtrennt und uns tiefer in die Rezession getrieben. Wir müssen unsere Energie-souveränität wiederherstellen, reindustrialisieren und die lokale Produktion schützen.

Die Unternehmensinsolvenzen nehmen zu. Immer weniger Steuerzahler müssen immer umfangreichere Sozialleistungen finanzieren. Gleichzeitig erhalten die Beitragszahler nicht das zurück, was sie in die Sozialversicherungskassen eingezahlt haben.

Die Bundesregierungen haben sich ausschließlich auf erneuerbare Energien verlassen. Wir wollen jedoch einen breiten Energiemix, einschließlich fossiler Energien. Um eine gute Zukunft für Deutschland zu schaffen, wenden wir uns auch an Deutsche mit Migrationshintergrund. Souveränität und Frieden, Freiheit und Wohlstand liegen in unser aller Interesse.

The Cradle: Wie sieht die AfD die sich abzeichnende multipolare Ordnung und ihre wichtigsten Akteure?

Chrupalla: Der Krieg in der Ukraine hat die traditionelle Sicherheitsarchitektur in Europa auf eine harte Probe gestellt. Noch ist ungewiss, welche Veränderungen sich aus seinem Ausgang ergeben werden. Die Friedensverhandlungen haben die Kluft zwischen der EU und den USA vertieft.

Washington versucht zumindest, eine Einigung zu erzielen. Bundeskanzler Merz und andere Regierungs- und Staatschefs üben jedoch Druck auf die Ukraine aus, weiterhin maximale Ziele zu verfolgen, obwohl eine Niederlage unmittelbar bevorsteht.

Dabei sollte es eigentlich umgekehrt sein. Unsere Staaten in West- und Mitteleuropa sind auf eine Einigung mit Russland angewiesen. Wir brauchen Rohstoffe und wären als Erste von einem großen Krieg betroffen.

Für uns ist Russland Teil Europas. Wir streben eine Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur an, die Russland einbezieht. Die Volksrepublik China ist Deutschlands [wichtigster Handelspartner](#). Gemeinsamkeiten sind wichtiger als Unterschiede. Insbesondere die Grünen haben wiederholt versucht, die Außenpolitik in Richtung einer Entkopplung zu lenken.

Während der Chip-Krise, die ihren Ursprung in den Niederlanden hatte, haben wir gesehen, welche Folgen eine solche Entkopplung hätte: Maschinen stehen still, Arbeiter bleiben zu Hause. Die Weltwirtschaft ist so stark vernetzt, dass ein einziger gerissener Faden unvorhersehbare Auswirkungen haben kann.

Wir wollen freien und friedlichen Handel mit der ganzen Welt. Der Globale Süden hat ein legitimes Interesse an Wohlstand und Autonomie. Wir müssen die Länder des Südens dabei unterstützen und gleichzeitig unsere eigenen Interessen wahren. Leider hat die Bundesregierung in letzter Zeit zugelassen, dass sich die Beziehungen zum Süden verschlechtert haben. Die Zusammenarbeit bei der Entwicklung unserer Volkswirtschaften auf Augenhöhe ist ein wichtiger Aspekt unserer Außenpolitik.

The Cradle: Wie sieht Ihr außenpolitischer Ansatz gegenüber der islamischen Welt aus?

Chrupalla: Unser außenpolitischer Grundsatz des Respekts gilt auch für Staaten, in denen der Islam die Mehrheitsreligion ist. Der Islam ist kein monolithischer Block. Trotz der Einheit im

Glauben verfolgen diese Staaten unterschiedliche Interessen. Dies wird deutlich, wenn man die Verhältnisse in Westasien betrachtet.

Deutschland hat in den letzten zehn Jahren viele Asylsuchende muslimischen Glaubens aufgenommen. Diese Einwanderung stellt Anforderungen an unsere Sozialsysteme und an die innere Sicherheit, ähnlich wie die Einwanderung von Syrern in die Türkei. Es wäre jedoch falsch, aus diesen Problemen eine konfrontative Haltung gegenüber dem Islam abzuleiten, wie es manche Kritiker der Migration gelegentlich tun.

Wir brauchen eine friedliche Zusammenarbeit. Wir brauchen eine Diversifizierung der Währungen im Handel. Wir wollen keine ausländischen Truppen auf unserem Boden. Die Religion darf uns nicht trennen. Gegenseitiges Verständnis sollte die Grundlage sein.

The Cradle: Wie sollte Deutschland die Beziehungen zur Türkei gestalten?

Chrupalla: Die Türkei ist ein strategischer Partner. Wir sind beide NATO-Mitglieder. Wir stehen vor gemeinsamen Herausforderungen. Die Türkei verbindet Europa und Asien. Sie verfolgt ihre eigenen souveränen Interessen in West- und Zentralasien sowie in Afrika, muss dabei aber stets ihre Bündnisverpflichtungen berücksichtigen. Sie widersetzt sich einer von außen aufgezwungenen Strategie.

In der Vergangenheit hat die Türkei selbstbewusst ihre eigenen Interessen verfolgt – zum Beispiel in Bezug auf die Krimtataren. Dabei hat sie Russland gegenüber Respekt bewahrt und sich als neutraler Vermittler im Ukraine-Krieg profiliert. Deutschland hätte das Gleiche tun sollen.

Die Türkei ist auch das Herkunftsland der größten Minderheit in Deutschland. Meiner Ansicht nach wenden sich immer mehr deutsche Staatsbürger türkischer Herkunft unserer Partei und ihrem Programm zu.

Als die AfD noch jünger und kleiner war, versuchten die Medien und Politiker anderer Parteien, einen Keil zwischen die türkische Gemeinschaft und uns zu treiben. Sie haben uns als fremdenfeindlich dargestellt. Aber Wähler mit Migrationshintergrund erkennen, dass irreguläre Einwanderung ihnen nicht zugute kommt, sondern dem Land schadet, in dem sie leben und ihre Existenz aufbauen.

Wir alle wollen Sicherheit und Wohlstand. Familien türkischer Herkunft sind ein fester Bestandteil unseres Landes. Ich lade sie ein, sich gemeinsam mit uns für Deutschland einzusetzen.